

Atomkraft – der Schein trägt.



Abstimmung vom 13.02.2011

Die atomare Befreiung von Bern

Ungelöste Endlagerung, explodierende Kosten und unklare Uranherkunft – NEIN zum neuen AKW Mühleberg am 13. Februar.



Die Antwort des Regierungsrats auf die Interpellation von Josef Jenni (EVP) und Christoph Grimm (Grüne) spricht eine deutliche Sprache: Ein neues AKW kostet 9 bis 15,7 Mrd. CHF. Die Summe liegt deutlich über den Angaben der Stromkonzerne. Das finanzielle Risiko tragen die Steuerzahlenden. Zudem sind Störfälle mit höchstens 1,8 Mrd. CHF oder mit gerade mal 0,045% der Schadensumme von Tschernobyl gedeckt.

Verantwortliche nehmen menschliches Leid bewusst in Kauf

Es gibt weltweit kein einziges Endlager für hochaktive atomare Abfälle. Gleichwohl sind die Stromkonzerne voll motiviert die nächste Generation von AKWs zu planen. Die Wiederaufbereitungsanlage in Majak (Russland) ist seit 1957 Sperrgebiet. Damals wurden 300'000 Menschen stark verseucht. Den Verantwortlichen des AKW Gösgen ist bekannt, dass untragbare Zustände herrschen – gleichwohl beziehen sie Uran von dort. Zahlreiche Gewässer rund um die kerntechnische Anlage Majak wurden durch den Betrieb sowohl geplant als auch ungewollt mit radioaktivem Material ver-

unreinigt. Der Ursprung des russischen Urans von Majak ist die Mine Wismut (Ex-DDR), die in einem 8 Mrd. CHF teuren Verfahren 1991 geschlossen wurde. Die *International Atomic Energy Agency IAEA* hat schon lange Kenntnisse über Majak. Nur die Axpo klärt seit mehr als neun Monaten ab und schweigt...

Auch bei der BKW führen Spuren nach Majak

Die BKW kann kaum Angaben machen, woher das Uran für Mühleberg stammt. Mit Sicherheit stammt aber ein Teil des Urans aus der nicht zertifizierten australischen Ranger-Mine, die mitten im grössten Nationalpark und Welt-Naturerbe Australiens liegt. Dort trat 1988 während sechs Monaten und 2004 noch einmal Radioaktivität aus und verseuchte die Umgebung und die dort lebenden Menschen. Es ist davon auszugehen, dass auch in Mühleberg Uran aus Majak verwendet wird.

Am 13. Februar alle an die Urne!

Wir Grünen lassen uns nicht noch einmal in ein atomares Abenteuer stürzen. Am 13. Februar 2011 erreichen wir mit den wenigen Schritten zur Urne einen grossen Schritt in die erneuerbare Zukunft – ohne Atom.

Christoph Grimm, Grossrat

Sortir du nucléaire à la biennoise



Tandis que la Suisse fédérale ne cesse de prôner l'énergie nucléaire en minimisant les problèmes liés aux déchets radio-

actifs, les villes s'engagent dans un mouvement visant à se débarrasser de cette technologie mal maîtrisée. À Bienne aussi, le Conseil municipal souhaite sortir la ville du nucléaire. Les autorités biennoises s'investissent déjà dans la production de courant vert avec, entre autres, la rénovation de la centrale hydro-électrique de Hagneck, un projet de parc éolien dans le Jura bernois et l'étude d'un projet de géothermie à Bienne. En outre, Barbara Schwickert a lancé le projet « Energie Effort », un forum public pour une utilisation durable et économique de l'énergie.

Urs Scheuss, président des Verts Bienne

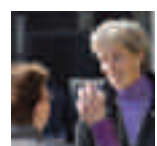
Inhalt



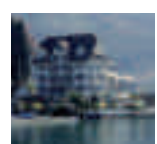
Seite 2
Ursula Wyss in den Ständerat!



Seite 3
Das Wahljahr ist eröffnet!



Seite 5
Erste Grüne Stadtpräsidentin – knapp verpasst



Seite 7
Grüne fordern nationale Erbschaftssteuer

Ständeratswahlen



Die Grünen Kanton Bern wollen in den Ständerat. An der Delegiertenversammlung vom 19. Oktober 2010 wurde Nationalrat Alec von Graffenried einstimmig zum Kandidaten für die Wahl vom 23. Oktober dieses Jahres nominiert. Mit nur zwei von 46 Sitzen sind die Grünen im Ständerat sträflich unterrepräsentiert. Unser Kandidat Alec von Graffenried soll deshalb für mehr ökologischen Sachverstand im Ständerat sorgen. Mit seiner pragmatischen, auf Ausgleich bedachten Vorgehensweise hat er ausgezeichnete Chancen für eine Wahl.

Bevor wir Grünen im Herbst zum Angriff übergehen können, gilt es einen Angriff abzuwehren: Wir müssen verhindern, dass der Ständerat politisch noch einseitiger wird. Infolge der Wahl von Simonetta Sommaruga in den Bundesrat ist am 13. Februar ihr Ständeratsmandat neu zu besetzen. Dabei wollen die bürgerlichen Parteien ihre Vormachtstellung weiter ausbauen und schicken eigene Kandidaturen ins Rennen. Für uns ist dies eine ernsthafte Herausforderung: Die Verteidigung des rotgrünen Sitzes kann nur gelingen, wenn alle sozialen



und ökologischen Kräfte zusammenstehen. Deshalb unterstützen wir Grünen die Kandidatur von Ursula Wyss einhellig. Mit ihr steht eine starke Kandidatin zur Verfügung, welche es sich gewohnt ist, unterschiedliche Anliegen wirksam zu vertreten. Ursula Wyss hat am 19. Januar an der DV der Grünen dargelegt, dass sie einen engagierten Wahlkampf bestreiten will. Und das braucht es. Denn nur mit konsequentem Engagement ist eine Verteidigung des Mandats von Simonetta Sommaruga möglich. Wir Grünen wollen unseren Beitrag dazu leisten. Dafür werden wir im Herbst auf die tatkräftige Unterstützung der SP zählen können.

Blaise Kropf, Präsident Grüne Kt. Bern

Aus dem Regierungsrat

Neues Musikschulgesetz

Die Musikschulen des Kantons Bern sind ein wichtiges Element im Bildungsangebot von Kanton und Gemeinden und fester Bestandteil des kulturellen Lebens. Mit einem neuen Musikschulgesetz will der Regierungsrat die grosse Bedeutung der Musikschulen stützen.



Musikschulen stellen der Bevölkerung ein vielfältiges und weit herum anerkanntes Angebot zur Verfügung. Im Vergleich mit anderen Kantonen gibt es im Kanton Bern viele Musikschulen mit einer sehr breiten und innovativen Tätigkeit. Sie werden deshalb mit ca. 30 Millionen Franken pro Jahr durch Kanton und Gemeinden unterstützt. Trotz dieser guten Ausgangslage muss ein neues Gesetz für die Musikschulen geschaffen werden. Das heute geltende Musikschuldekret ist 20 Jahre alt und enthält viele Artikel, die überholt sind. Zudem muss im Rahmen der Ermessung des Finanz- und Lastenausgleichs zwischen den Gemeinden und dem Kanton auch dieser gemeinsam organisierte und finanzierte Bereich überprüft werden.

Verbesserung für MusiklehrerInnen...

Der Regierungsrat hat einen Entwurf für ein neues Musikschulgesetz an den Grossen Rat weitergeleitet. Dieser wird das neue Musikschulgesetz voraussichtlich in der Märzsession behandeln. Bei der Erarbeitung des Gesetzes haben wir uns vom Ziel leiten lassen, die heute grosse Freiheit der Musikschulen in der Gestaltung ihres Angebots und ihrer internen Organisation beizubehalten. Für die Mu-

siklehrerInnen ist im Gesetzesentwurf gegenüber heute eine Verbesserung des Kündigungsschutzes enthalten. Sie sollen nach wie vor zu vergleichbaren Bedingungen angestellt und entlohnt werden, wie die Lehrkräfte der Volksschule.

...und Entlastung für die Gemeinden

Für mich haben die Musikschulen im Bildungsangebot des Kantons eine grosse Bedeutung. Das aktive Musizieren von Kindern wirkt sich positiv auf ihre Persönlichkeit aus und fördert auch Lernbereitschaft und -leistungen in anderen Schulfächern. Zudem sind die Musikschulen eine wichtige Nahtstelle bei der Verbindung von Bildung und Kultur. Nicht zuletzt wegen dieser positiven Bilanz beantragt der Regierungsrat eine höhere finanzielle Beteiligung des Kantons von jährlich 5 Millionen Franken an den Kosten der Musikschulen. Er entlastet damit die Gemeinden und erreicht so, dass beide Partner in Zukunft etwa gleich viel zahlen werden.

Bernhard Pulver, Regierungsrat



Bettina Keller, Grossrätin, mit ihrem Orchester: Die Grünen setzen sich auf allen Ebenen für Bildung und Kultur ein.

Delegiertenversammlung

Das Wahljahr ist eröffnet!

An der DV vom 19. Januar nominierten die Delegierten die 26 Nationalrats-Kandidierenden, die zusammen mit Alec von Graffenried, dem Grünen Ständeratskandidaten, im Herbst mehr Grüne Kräfte ins Bundeshaus bringen wollen.



Die erste DV im neuen Jahr stand ganz im Zeichen der eidgenössischen Wahlen 2011. Die Grünen Kanton Bern wollen am 23. Oktober einen vierten Nationalratssitz gewinnen – ein ehrgeiziges aber erreichbares Ziel. Die wohl grösste Herausforderung stellt die unberechenbare Konkurrenzsituation durch die noch jungen Parteien glp und BDP dar. Blaise Kropf, Präsident der Grünen Kanton Bern, bekräftigte an der DV, dass die Chancen für einen erfolgreichen Wahlausgang dennoch sehr gut liegen: «Dank mehreren energiepolitischen Vorlagen und der Abstimmung zur eigenen Initiative Bern erneuerbar haben die Grünen Kernthemen das ganze Jahr Hochkonjunktur.»

Die 26 von den Regionalparteien für die Nationalratswahl vorgeschlagenen Kandidierenden wurden von den Delegierten einstimmig

Für den Nationalrat kandidieren Pierre Amstutz, Antonio Bauen, Andrea de Meuron, Pablo Donzé, Urs Frieden, Christoph Grimm, Kathy Hänni, Christine Häsler, Rita Haudenschield, Maria Iannino, Bettina Keller, Blaise Kropf, Anna Linder, Barbara Mühlheim, Urs Muntwyler, Jan Remund, Daphné Rüfenacht, Regula Rytz, Hasim Sançar, Corinne Schärer, Urs Scheuss, Michel Seiler, Franziska Teuscher, Aline Trede, Alec von Graffenried und Annekäthi Zenger. Die jungen grünen treten mit einer eigenen Liste an (s. S. 4).



Die Delegierten schicken 26 Kandidierende für die Nationalratswahlen ins Rennen.

nominiert. Die Liste der Grünen Kanton Bern fällt betreffend Alter und Geschlecht erfreulich vielfältig aus: Das Geschlechterverhältnis ist mit 14 Frauen und 12 Männern ausgewogen, fünf Kandidierende sind jünger als 35 Jahre und drei vertreten den französischsprachigen Teil des Kantons.

Gesamterneuerungswahlen

Im Zuge der parteiinternen Gesamterneuerungswahlen haben die Delegierten einstimmig

das Präsidium, die Mitglieder des Vorstands, den Kassier und die Revisionsstelle in ihrem Amt bestätigt. Neu in den Vorstand gewählt wurde Marlen Reusser als Vertreterin der jungen grünen.

Die Grünen Kanton Bern danken dem zurückgetretenen Pascal Nydegger herzlich für die im Vorstand geleistete Arbeit.

Monika Hächler, Co-Geschäftsführerin Grüne Kanton Bern

Güssing, une reconversion 100% renouvelable



La ville de Güssing a opéré une brillante reconversion autour de la biomasse et de l'énergie solaire. Produisant électricité, chaleur et biodiesel pour sa région, elle est aujourd'hui 100 % autonome en énergie. Située en Autriche, cette localité a réussi sa reconversion économique grâce aux énergies renouvelables. La région, avec 27 000 habitants, était la plus pauvre du pays à la fin des années 80.

Quand la politique visant à atteindre les 100 % d'énergies renouvelables fut proposée, en 1990, les experts pensaient qu'elle serait un échec. Pour mettre en place ce nouveau modèle énergétique, il a fallu convaincre les réticents. Les dépenses pour les énergies fossiles se montaient à 36 millions d'euros par an, aujourd'hui ces capitaux restent dans la région. Depuis, la ville est devenue non seulement autonome en électricité, en chaleur et en agrocarburant, fabriqué à partir de colza,

mais ce développement a permis la création de 1500 emplois. Du biogaz, fabriqué à partir de déchets végétaux alimente une centrale électrique, tandis que deux centrales de gazéification du bois produisent l'eau chaude, générant ainsi 57,5 GWh par an. L'énergie solaire est également utilisée sous ses deux formes, photovoltaïque et thermique : ainsi Güssing produit 14 GWh d'électricité par an, soit bien plus que ce qu'elle n'en consomme ; les surplus sont donc revendus et

génèrent un chiffre d'affaires annuel de quelque 20 millions d'euros.

Qu'on se le dise ! À l'heure où certains hésitent à se passer des centrales nucléaires, des solutions existent et elles ont déjà fait leur preuve. Il suffit de négocier le virage...et de vouloir.

Pierre Amstutz, député

Stipendieninitiative

Chancengleichheit: vorwärts machen

Studien belegen: Der Studienerfolg ist nach wie vor hauptsächlich von der sozioökonomischen Herkunft abhängig. Das ist ein Missstand, der behoben werden muss!



Jede Person, welche eine tertiäre Ausbildung (pädagogische und universitäre Hochschule, Fachhochschule, höhere Fachschule) abschliessen möchte, sollte auch die Möglichkeit dazu bekommen, egal woher sie kommt oder wie es um ihre finanzielle Situation bestellt ist. Die Stipendieninitiative des Verbands der Schweizer Studierendenschaften VSS strebt im Bereich der tertiären Ausbildung eine Verfassungsänderung für mehr Gerechtigkeit zwischen den Kantonen an. Die Gesetzgebung über die Vergabe von Ausbildungsbeiträgen soll Sache des Bundes werden.

Da das schweizerische Stipendienwesen

den einzelnen Kantonen unterliegt, existieren momentan 26 verschiedene Stipendienvergabesysteme mit jeweils eigenen Vergabekriterien und erheblichen Unterschieden bezüglich der zugesprochenen Beträge.

Fazit: Ob jemand finanzielle Unterstützung bekommt und wie hoch diese ausfällt, hängt im Wesentlichen vom Wohnkanton ab und erst in zweiter Linie von den jeweiligen finanziellen Umständen.

Recht auf Bildung für alle

Die Hauptziele der Stipendieninitiative sind die Harmonisierung des schweizerischen Stipendienwesens und die Ermöglichung eines minimalen Lebensstandards für alle Studierenden. Der VSS schlägt vor, letzteren gemäss den Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe SKOS und unter Berücksichtigung der Ausbildungskosten zu berechnen. Etwa die Hälfte der jährlich benötigten

Mittel kann im Normalfall durch Finanzbeiträge aus der Familie und eigene Erwerbstätigkeit gedeckt werden. Der Restbetrag soll durch Ausbildungsbeihilfen abgeglichen werden.

Jetzt unterschreiben!

Das Recht auf Bildung darf nicht durch eine schlechte finanzielle Lage verbaut werden.

Seit Ende Juli 2010 werden Unterschriften für die Stipendieninitiative gesammelt. Dies geschieht vor allem an den tertiären Ausbildungsstellen mit breiter Unterstützung diverser politischer Gruppierungen, unter anderem junge grüne, JUSO, JCVP, JF, Jungliberale und Unia Jugend. Haben Sie die Initiative bereits unterschrieben?

Auf www.stipendieninitiative.ch finden Sie Unterschriftenbogen und alle nötigen Informationen.

Agnes Schöpfer, junge grüne



junge grüne aktiv

■ Nationalratswahlen 2011



Die jungen grünen treten gemeinsam mit der Jungen Alternativen JA! mit einer eigenen Liste zu den Nationalratswahlen 2011 an. Eine bewährte

Paarung: Schon bei den Nationalratswahlen 2007 betrieben wir gemeinsamen Wahlkampf und teilten uns eine Liste. Diese erfolgreiche Zusammenarbeit wollen wir nun auch dieses Jahr eingehen.

Marlen Reusser, junge grüne

■ Ausschaffungsinitiative



Wer erinnert sich nicht an das Spiel «Völkerball» aus der Schulzeit? Zum Start der Jugendsession 2010 machten wir auf dem Bundesplatz

(siehe Bild oben) mit einer Politversion des Spiels noch einmal auf den diskriminierenden Mechanismus der Ausschaffungsinitiative aufmerksam.

Die Mitspieler wurden in Schweizer und Ausländer aufgeteilt und die Rechtsgleichheit

wurde aufgehoben: Traf der Ball einen Ausländer, so wurde dieser sofort vom Spiel ausgeschlossen.

Wollen wir in der Schweiz wirklich auf diese Weise Völkerball spielen?

Jonas Gerber, junge grüne

Stadtpräsidiumswahl in Biel

Erste Grüne Stadtpräsidentin – knapp verpasst

Im zweiten Wahlgang vom 19. 12. 2010 ist die Grüne Gemeinderätin Barbara Schwickert dem SP-Kandidaten knapp unterlegen. Trotzdem dürfen die Grünen stolz sein auf den erzielten Achtungserfolg.



Die Grünen waren im Sommer 2010 dank guter Vorarbeit des Vorstands die ersten, die nach dem Rücktritt von Hans Stöckli Anspruch auf das Stadtpräsidium in Biel angekündigt hatten. Mit Barbara Schwickert hatten wir eine Top-Kandidatin. Wir wussten jedoch, dass der Wahlkampf sehr schwierig werden würde: Die SP wollte Biel, ihre schweizerische Hochburg, den Grünen nicht einfach überlassen und die Bürgerlichen waren nach 34 Jahren durstig, das Stadtpräsidium wieder zu übernehmen.

Grosse Unterstützung

Seitens der Grünen verlief die Wahlkampagne sehr gut, die Stimmung unter den Wahlhelfenden war ausgezeichnet – es wurde viel gearbeitet, aber auch viel gelacht. Alle setzten sich für eine erste Grüne Stadtpräsidentin mit vollem Elan und Engagement ein. Entsprechend wurden erste Erfolge erzielt: In den Medien galt Barbara Schwickert als chancenreiche Kandidatin, die Reaktionen der Bevölkerung bei Strassenaktionen waren positiv.

Starke Resultate

Am 29. November 2010 fand der erste Wahlgang statt, gleichzeitig mit der Ausschaffungs-



Mit ihrer *Politik auf Augenhöhe* stiess Barbara Schwickert auf grosses Interesse.

initiative. Das Resultat war erfreulich, zumindest in Biel: Das Stadtpräsidium der Stadt am Jurasüdfuss würde links bleiben; für den zweiten Wahlgang qualifizierten sich Erich Fehr von der SP und Barbara Schwickert. Drei Wochen blieben, um weitere WählerInnen für die «Politik auf Augenhöhe», so der Slogan, zu überzeugen. Am 19. Dezember 2010 wählten die BielerInnen bei einer – für Biel – guten Wahlbeteiligung knapp Erich Fehr. Barbara Schwickert erhielt 47% der Stimmen – fast

jede/r zweite Bieler/in hat Grün gewählt! Das ist ein grosser Achtungserfolg für die «kleinen» Grünen. Mit uns ist zu rechnen! Einmal mehr ist der Erfolg auf grosses Engagement und einen guten Leistungsausweis zurückzuführen. Diesen Grünen Aufschwung gilt es nun zu pflegen und zu nutzen: bei den Abstimmungen zu einem neuen AKW in Mühleberg und zur Initiative für den Schutz vor Waffengewalt.

Daphné Rüfenacht, Vizepräsidentin Grüne Kanton Bern

LokalSpots

■ Gemeindewahlen

Im Herbst 2010 konnten die Grünen Kanton Bern zahlreiche Wahlerfolge feiern. Christoph Waber wurde in Seedorf im Gemeinderat bestätigt. Neu in die Exekutive gewählt wurden Silvia Lüthi in Ins und Christine Baderscher in Madiswil.

Bei den Stadtratswahlen in Thun wurden die vier Bisherigen Suzanne Albrecht Wyss, Martin Frei, Thomas Hiltbold und Andrea de Meuron wiedergewählt. Die Grünen Steffisburg traten erstmals bei den Gemeindewahlen an und konnten mit Peter Walti auf Anhieb einen Sitz im Grossen Gemeinderat gewinnen. Wir gratulieren allen Gewählten zu ihrem Wahlerfolg und wünschen ihnen viel Freude an ihren Aufgaben!

■ Energieveranstaltungen

Im Vorfeld der Abstimmung zu einem neuen AKW in Mühleberg haben im Dezember 2010 und Januar 2011 zahlreiche Orts- und Regionalparteien Energieveranstaltungen durchgeführt. Auf vielfältige Weise wurde in den einzelnen Gemeinden auf die Risiken und Probleme fossiler und atomarer Energie und die Chancen und Potentiale erneuerbarer Energien aufmerksam gemacht. So fanden beispielsweise in Biel, Burgdorf, Köniz, Langnau, Wohlen und Zollikofen Podiumsdiskussionen zum Thema Atomenergie mit zahlreichen bekannten ReferentInnen statt. Ein anderes Format wählten die Grünen Langenthal: Sie zeigten im Chrämerhus einen Film zum Thema Uranabbau. Die Grünen Uetendorf stellten auf einer Zeit-

achse bildlich dar, wie lange der radioaktive Atommüll noch eine strahlende Gefahr darstellt. Über ein neues Energiegesetz KEnG und den Volksvorschlag wird im Mai abgestimmt. Auch zu diesem Thema organisieren die Grünen Lokalparteien Veranstaltungen. Am 30. März spricht Prof. Reto Knutti, Klimaforscher an der ETH Zürich, in Langnau (20.00 Uhr, Kupferschmiede) über die Herausforderungen des Klimawandels und Christoph Grimm, Grossrat, zum Energiegesetz des Kantons Bern. Am 27. April (19.30 Uhr, Schmidechäuer, Burgdorf) organisiert die GFL Burgdorf einen «runden Tisch» zum KEnG mit Vertretern aus Gewerbe, Politik und Gesellschaft. Weitere Veranstaltungen: www.gruenebern.ch

Legislatur-Halbzeit

Bern ist und bleibt eine grüne Stadt

Wer Verantwortung übernimmt, muss Rechenschaft ablegen. Dies haben die Berner Rot-GrünMitte-Parteien vor zwei Monaten getan.



Bern ist die einzige Stadt in der Schweiz, die seit 18 Jahren von einer rotgrünen Mehrheit in Regierung und Parlament geprägt ist. Einen grossen Teil der Verantwortung tragen die grünen Sektionen GB und GFL, die mit JA! und jungen grünen zusammen über 25% aller Wählerstimmen auf sich vereinen.

Die Halbzeitbilanz der RGM-Parteien kann sich sehen lassen: Jahr für Jahr wird der umwelt- und stadtverträgliche Verkehr weiter ausgebaut, werden neue Kitaplätze geschaffen, die Schulden aus früheren Zeiten getilgt. Als Höhepunkt hat die Stadt Bern 2010 den Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen und das Label «Energistadt Gold» erhalten.

Bern beste Schweizer Stadt

Ganz besonders freut mich, dass wir auch in meinen Dossiers Verkehr, Infrastruktur und fa-

milienfreundliches Wohnumfeld viel erreichen konnten (www.regularytz.ch). In einem Umweltrating von WWF und VCS hat die Stadt Bern von 24 Gemeinden im Kanton Bern am besten abgeschnitten. Die meisten Punkte haben wir im Bereich Mobilität geholt. Auch in einem internationalen Öko-Ranking schnitt Bern als beste Schweizer Stadt auf Rang 13 ab, gefolgt von Zürich (19) und Genf (25). Geprüft wurden

Kriterien aus den Bereichen Wasserversorgung, Recycling, Entwässerungssysteme, Luftverschmutzung und Verkehrsprobleme.

Hinter all diesen Erfolgen steckt viel Fachkompetenz, Engagement und die Bereitschaft zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit. Ich bin sicher: So gewinnen wir auch die Mühlebargabstimmung und die nationalen Wahlen!
Regula Rytz, Gemeinderätin Bern



Offener Brief

Lieber Conradin Konzetti,

geniess die freien Donnerstagabende. Du wirst diese nicht mehr bis halb Elf im Stadtrat verbringen müssen oder dürfen, wo es «langweilig, spannend, lustig, empörend, aufregend, wichtig, blöde, ernst, anregend, gesetzeskonform, prozessorientiert, legislativ, obsolet, operativ, obstruktiv, destruktiv, konstruktiv, ...» (Zitat aus deinem Rücktrittsschreiben) zu und her geht. Du wirst die «neue Freiheit» genie-

sen und möchtest «mehr und freier Zeit einsetzen können für Kulturelles, für Enkelkinder, für Reisen».

Du hast mit Leidenschaft Politik gemacht ohne in blinde Emotionalität zu verfallen. Und obschon wir auch Differenzen hatten – sie waren immer auch befruchtend. Es ist sicher eine Stärke einer Fraktion, sich und die eigene Haltung auch immer wieder hinterfragen zu dürfen.

Lieber Conradin, Du hast der GFL/EVP-Fraktion mehr als acht Jahre zur Verfügung gestanden, sie mitgeprägt und mitgeformt.

Danke!

Einen leeren Sitz wird es nicht geben – aber eine Lücke wirst Du hinterlassen. Als bedachter, unaufgeregter, reflektierter und gradliniger Politiker warst Du über Partei- und Fraktionsgrenzen geachtet. Auch der Stadtratspräsident hat Dich als eine «sehr verlässliche Grösse, eine wichtige Figur» aus dem Parlamentsdienst entlassen.

Nun freut sich die Fraktion auf deine Nachfolgerin, Priska Lanfranchi (44). Die Politologin und Familienfrau wird ab Januar unsere Fraktion mit einer «Politik ohne blinde Flecken und Berührungssängste» (Zitat Wahlzeitung 08) ergänzen.

Lieber Conradin, liebe Priska, liebe grüne freie Leute – geniess das Jahr 2011!



Manuel C. Widmer, Präsident GFL Stadt Bern

Für mehr Vermögensgleichheit

Grüne fordern nationale Erbschaftssteuer

Die Grünen fordern die Einführung einer nationalen Erbschafts- und Schenkungssteuer zu Gunsten der AHV.



Ungleich, ungleicher, Schweiz. Mit diesem Titel leitete die Pendlertagung 20 Minuten vor kurzem einen Bericht über die Vermögensungleichheit in der Schweiz ein. Die Schweiz wird in der Rangliste der einseitigsten Vermögensverteilung derzeit nur von Namibia und Singapur «geschlagen».

Solidarität und Wettbewerbsfähigkeit stärken

Erbschaften tragen in der Schweiz mehr zur Vermögensbildung bei als private Ersparnisse. Die Erbschaftssteuer ist eine gerechte Steuer und ihre schrittweise Demontage ist eine fatale Entwicklung. Um Gegensteuer zu geben, haben die Grünen schweizweit parlamentarische Vorstösse eingereicht, die eine nationale Erbschaftssteuer fordern.

Das vorgeschlagene Modell ist moderat. So werden EhegattInnen und eingetragene PartnerInnen von der Besteuerung ausgenommen. Für direkte Nachkommen besteht pro Person ein Freibetrag von 1 Mio. Franken. So werden ausschliesslich wirklich hohe Erbschaften besteuert. Auch für den Übergang von Familienunternehmen sollen besondere, KMU-freundliche Bedingungen gelten. Die Erträge aus der

Erbschaftssteuer sollen primär zur Senkung der AHV-Beiträge verwendet werden. Damit werden zwei Ziele erreicht: Eine Stärkung der Solidarität zwischen den Generationen sowie

eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft.

Christine Häslar, Grossrätin



Mit der Besteuerung wirklich hoher Erbschaften soll der Vermögensungleichheit in der Schweiz entgegengewirkt werden.

Aktiv

■ Literaturhinweis

Ernst Waldemar Weber: Was ist mit unserem Boden? Fr. 12.70, im Buchhandel. Diese Schrift stellt ein urgrünes Anliegen zur Diskussion, nämlich die private Nutzung des knappen Bodens und die Abschöpfung von Milliarden über die Bodenzinsen (und damit über alle Preise und Löhne). Auch Ökologie und Raumplanung sind direkt betroffen. Die Grünen sind hier gefordert: Sie zuallererst sollten sich für den Boden einsetzen und seine Verschlechterung verhindern. Der Text leuchtet in die Geschichte des Bodenrechts, beschreibt Gegenmodelle und frühere Vorstösse und listet Vorschläge für langfristige Lösungen auf. Eine Arbeitsgruppe soll sich dieser Fragen annehmen.

■ Lebensqualität im Alter

Die AG Gesundheitspolitik veranstaltet am 24. März 2011 um 18 Uhr im Politforum Käfigturm eine Podiumsdiskussion mit Gemeinderätin Regula Rytz, Prof. Klaus Dörner, Prof. Urs Peter Mosimann und Nationalrat Alec von Graffenried. Wo sind die Chancen und Risiken des gesellschaftlichen Umbaus durch das höhere Durchschnittsalter der Gesamtbevölkerung? Wie stellt sich die Politik den neuen Aufgaben und wie können die vorhandenen Ressourcen und Mittel eingesetzt werden, um die Solidarität zu stärken? Diese und weitere Fragen werden nach einem kurzen Einführungsreferat von Prof. K. Dörner, einem der profiliertesten Vertreter der deutschen Sozialpsychiatrie, diskutiert.

■ Termine

- 03.02.2011, 19.30 Uhr, Restaurant Schmiedstube, Bern: «Entwicklung und Zukunftsszenarien der Atomenergie in Deutschland, Österreich und der Schweiz»
- 25.02.2011, 19.00 Uhr, Aula Wahllacker, Zollikofen: Öffentlicher Spielabend
- 24.03.2011, 18.00 Uhr, Politforum Käfigturm, Bern: Lebensqualität im Alter (s. links)
- 30.03.2011, 20.00 Uhr, Kupferschmiede, Langnau: «Klimawandel und kantonales Energiegesetz (KEng) – global denken, lokal handeln!» (s. S. 5)
- 27.04.2011, 19.30 Uhr, Schmidechäuer, Burgdorf: «Kantonales Energiegesetz – Wem die Fördergelder wirklich helfen» (s. S. 5)

Mehr: www.gruenebern.ch

JA zum Schutz vor Waffengewalt am 13. Februar

Familie schützen – Leben retten!

Am 13. Februar stimmen wir über die Initiative «Für den Schutz vor Waffengewalt» ab. Unter dem Motto «Familie schützen» setzt sich eine breite Koalition von ÄrztInnen, Frauenorganisationen, Friedensorganisationen und Parteien für einen erschwerten Zugang zu Schusswaffen ein.



Heute sind in der Schweiz in Privathaushalten rund 2,3 Millionen Schusswaffen verfügbar. Die Mehrheit davon sind Armeewaffen, obwohl selbst hohe Militärs zugeben, dass die Heimaufbewahrung keinen militärischen Sinn hat. Die Folgen sind hingegen tragisch: Jährlich sterben in der Schweiz 300 Personen durch Schusswaffen. Zahlreiche Studien beweisen, dass Suizide und Tötungen im Affekt häufiger geschehen, wenn der Zugang zu einer Schusswaffe vorhanden ist. Das Sturmgewehr im Schrank spielt erwiesenermassen auch bei häuslicher Gewalt eine zentrale Rolle. Die Drohung mit der Waffe kann Frauen und Kindern das Familienleben zur Hölle machen.

Zugang zu Waffen verschärfen

Die Initiative «Für den Schutz vor Waffengewalt» will mit drei Hauptforderungen die Verfügbarkeit von Waffen verringern. Erstens soll die Militärwaffe künftig nicht mehr im Privathaus aufbewahrt, sondern in sicheren Räumen der Armee gelagert werden. Zweitens muss wer eine Waffe erwerben will, den Bedarf nachweisen und die nötigen Fähigkeiten mitbringen. Damit wird der Zugang zu Waffen verschärft, gleichzeitig können Sportschützen oder Jäger ihr Hobby weiterhin problemlos ausüben. Drittens wird durch die Einführung eines zentralen Waffenregisters die Kontrolle über die vorhandenen Waffen verbessert. Diese Massnahme erleichtert der Polizei die Arbeit – so können Polizeibeamte bes-



**Militärwaffen gehören ins Zeughaus. Nicht nach Hause!
Retten Sie Leben und stimmen Sie
am 13. Februar JA für den Schutz vor Waffengewalt!**

Vor allem Frauen und Kindern kann die Drohung mit der Waffe das Leben zur Hölle machen.

ser abschätzen, was beim Ausrücken auf sie zukommt. Ist ein Verbrechen geschehen, erleichtert das Waffenregister die Aufklärung.

Ein JA am 13. Februar bringt mehr Sicherheit. Helfen auch Sie der Initiative zum Erfolg. Möglichkeiten zur Unterstützung finden Sie auf www.schutz-vor-waffengewalt.ch.

Rahel Ruch, GSoA

Impressum

Redaktion: Monika Hächler, Regula Tschanz

Gestaltung: TransForm

Illustration S. 1: Orlando

Foto S. 2: Arpad Boa, Bern

Foto S. 3: Herbert Schweizer, Gunten

Foto S. 7: Christoph Koch, Berlin

Foto S. 8: Marco Zanoni, Liebefeld

Druck: Bubenberg Druck, Bern

Aufl.: 6300; Red.schluss Nr. 19: 01.04.2011

Parolen

■ National

Die Delegierten sagen JA zur Initiative «Für den Schutz vor Waffengewalt» (s. oben).

■ Ständeratsersatzwahl

Die Grünen unterstützen Ursula Wyss als Ständeratskandidatin (s. S. 2).

■ Kantonal

Die Delegierten sagen einstimmig NEIN zu einem neuen AKW in Mühleberg (s. S. 1).

Die Grünen engagieren sich für ein JA zum Gesetz über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge (Ecotax) und ein NEIN zum Volksvorschlag der Autolobby.

Mit der «Ecotax» werden neu besonders verbrauchs- und energieeffiziente Neuwagen während 3 – 4 Jahren steuerlich begünstigt (Bonus), ineffiziente mit einem unbefristeten Malus belastet. Das Besteuerungsmodell orientiert sich an der eidgenössischen Energie-Etikette.

Der vom Grossen Rat beschlossenen Ecotax steht ein Autolobby-Volksvorschlag gegenüber, der einen schwächeren Bonus für energieeffiziente Fahrzeuge und keinen Malus für ineffiziente Autos verlangt. Das Anliegen des Volksvorschlages ist nicht der Umweltschutz, sondern eine Senkung der Motorfahrzeugsteuern. Für den Kanton Bern hätte dies Mindererlöse von jährlich 120 Mio. Franken zur Folge. Dies kann er ohne Sozial- und Ökologieabbau nicht verkraften.